

Ö1, Morgenjournal.

Guten Morgen an diesem 8. September, sagt Barbara Schieder. Blutgeld, diese plakative Kritik des EU-Vertreters Martin Selmaier an der Anhaltentön österreichischen Abhängigkeit von russischem Gas mag manchen missfallen.

Der Grüne Vizekanzler und auch die Neos finden sie aber durchaus treffend. Hohe Inflation gepaart mit einer Redsession, die bevorstehenden Metaller-Lohnverhandlungen dürften es in sich haben.

Zugast ist dazu Gewerkschaftschef Reinhold Binder.

In Neu-Deli kündigt sich unter dessen ein schwieriger G20-Gipfel an.

Die fernwärme Preise sind gerade in Wien massiv gestiegen.

Die SBO muss sich jetzt den Vorwurf gefallen lassen, eine Preiskontrolle durch die E-Control verhindert zu haben.

Heute startet eine Infokampfern zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mit Marlina hofft das Wiener Volkstheater auf einen weiteren Publikumsmagneten, worauf man beim Wetter hoffen darf, weil Simon Köhldorfer.

Der stabile Hochdruck weiter geht in die Verlängerung, erst mit der nächsten Woche wird es unbeständig.

Die aktuellen Temperaturen, Linz und Bregenz 17 Grad, St. Pölten sowie Innsbruck 14, Eisenstadt, Wien und Klagenfurt 13 und Grad Sönsalzburg 12 Grad.

Am Land ist es teilweise deutlich kühler, 7 Grad jetzt den Mürzzuschlag und Neumarkt, nur 5 Grad in Zwettel.

Die Nebelschwaden im Mürztal, in Unterkärnten oder auch in Tanheim und Andelsbuch sind bald weg.

Ein paar Stunden kann sich der Nebel dagegen im Lungau halten.

Meist scheint aber von der Früh bis zum Abend die Sonne von einem oft folgenlosen Himmel,

dazu wird in und um Niederösterreich teils lebhafter Südostwind.

Die Höchstätärte liegen bei 24 bis 30 Grad.

Genauso warm wird es auch am Wochenende

und im Wesentlichen genauso sonnig, nur sind etwas mehr Quellwolken dabei.

Der Blutgelsager, der süchten EU-Vertreter

in Österreich sorgt seit gestern Abend für Aufregung,

zugegebenermaßen plakativ hatte Martin Selmaier im Rahmen

einer Podiumsdiskussion zum Auftakt der Kunstmesse Vienna Contemporary,

die weiter starke österreichische Abhängigkeit Österreichs von russischem Gas kritisiert.

Das hat ihm in Österreich wie berichtet eine Rücktrittsaufforderung

der Freiheitlichen und eine Einbestellung ins Außenministerium eingebracht.

Am Abend hat sich dann die EU-Kommission von Selmaiers Aussagen distanziert.

Rückendeckung erhält allerdings von Grünen und Neos.

Niklas Lärcher berichtet.

Österreichs Abhängigkeit von russischem Gas sinkt zwar, ist aber nach wie vor hoch.

Mehr als die Hälfte der Gasimporte kommt immer noch aus Russland.  
Martin Selmaier, der EU-Vertreter in Österreich,  
spricht wörtlich von Blutgeld,  
dass jeden Tag mit der Gasrechnung nach Russland geschickt werde.  
Eine Aussage, die in Brüssel für Kopfschütteln sorgt.  
Die EU-Kommission geht auf ORF-Anfrage  
auf Distanz zu ihrem eigenen Vertreter in Österreich.  
Eine Sprecherin bezeichnet die Aussagen als bedauerlich und unangemessen.  
Und die EU-Kommission hat Selmaier aufgefordert,  
unverzüglich in Brüssel über den Vorfall Bericht zu erstatten.  
Für diplomatische Verhältnisse bemerkenswert klare Worte.  
Auch in Österreich muss Selmaier demnächst zum Gespräch,  
das ÖVP-geführte Außenministerium hat ihn ebenfalls einbestellt.  
Für die FPÖ geht das nicht weit genug.  
Die Freiheitlichen fordern, Selmaier aus Wien abzuziehen.  
Die Neos wiederum stimmen dem EU-Vertreter zu.  
Die hohe Abhängigkeit von russischem Gas,  
ein Fakt, den man nicht einfach schön reden könne.  
Und auch der grüne Vizekanzler Werner Kogler hält auf Puls 24 fest,  
Selmaier habe in der Sache recht.  
Es war einfach ein Fehlverhalten,  
gut in den roten Teppich in Wien auszurollen.  
Einen roten Teppich mit Schleimspur  
zitiert sich der grüne Vizekanzler selbst.  
Und jetzt haben andere den Karren in den Dreck gefahren  
und wir ziehen ihn wieder raus.  
Bis 2027 komplett raus aus russischem Gas,  
so lautet das selbstgesteckte Zindler-Regierung.  
Wobei Kogler einräumt, man habe alle Hände voll zu tun,  
das auch wirklich zu schaffen.  
Die Metalller eröffnen klassischerweise die Herbstlohnrunder.  
In etwas mehr als zwei Wochen geht es los.  
Am 25. September beginnen die Kollektivvertragsverhandlungen.  
Diesmal scheint eine Einigung allerdings  
der Quadratur des Kreises gleichzukommen.  
Denn einer enorm hohen Inflation in den vergangenen 12 Monaten  
steht eine aktuelle Rezession gegenüber.  
Die Arbeitgebervertreter sehen deshalb schon profilaktisch  
wenig Spielraum.  
Wie die Arbeitnehmerseite Konterthörn wir gleich,  
zuvor fasst Maria Kern die Ausgangslage zusammen.  
In den kommenden Monaten wird immer wieder  
von der sogenannten rollierenden Inflation zu hören sein.  
Das ist die durchschnittliche Inflation der zurückliegenden 12 Monate.

Und dieser Wert bildet immer den Ausgangspunkt für die Lohnverhandlungen, so auch bei den Metallern.

Die Gewerkschaft sagt alljährlich, die rollierende Inflation müsse abgegolten werden und es müsse noch etwas draufgelegt werden.

Das ist in den vergangenen Jahren mit Ausnahme des Corona-Jahres 2020 auch stets gelungen.

Doch heuer gehe sich das nicht mehr aus, denn die rollierende Inflation liegt bei 9,6% und die Industrie befindet sich in einer Rezession.

Das sagt Christian Knil, der Oppmann der metalltechnischen Industrie in der Wirtschaftskammer.

Die können sagen, ich habe noch nie so viele Anrufe gehabt, wie jetzt, wo Firmen sehr nervös sind und Anrufe sagen, bitte, heuer geht das nicht.

Wir können heuer nicht so abschließen wie in der Vergangenheit.

Es brauchen neue Lösungen, so Knil.

Wie die aussehen könnten, ließ er offen.

Die Gewerkschaft sieht das anders.

Sie verweist auf die guten Geschäfte in den vergangenen zwei Jahren.

Wie kann da ein Kompromiss gelingen?

Wirtschaftsforscher Benjamin Bicci vom WIFO sagt die Gestern dazu.

Das ist tatsächlich sehr schwer vorherzusagen, weil es natürlich ein Dilemma ist in dieser Situation,

dass es tatsächlich eine Berechtigung hat, die hohen Lohnforderungen aufgrund der hohen Inflation.

Aber natürlich ist auch berechtigt die Darstellungen in der wirtschaftlichen Lage.

Und das wird eine schwierige Kompromissfindung mit Sicherheit.

So die Prognose des Ökonomen vom WIFO.

Bei mir im Studio ist jetzt Reinhold Binder, der Mann an der Spitze der mächtigen Produktionsgewerkschaft Pro-G und damit das Gegenüber der Arbeitgeber bei den bevorstehenden Metallverhandlungen.

Guten Morgen.

Guten Morgen.

Herr Binder, es zeichnen sich heuer besonders harte Verhandlungen ab.

Für Sie die Ersten in ihrer Rolle als Pro-G-Chef.

Und gegenüber schon bei ihrer Amtsübernahme im Juni ausgerichtet, zieht euch warm an.

Ich nehme an, jetzt wo es ans Eingemachte geht, gilt das erst recht?

Eigentlich schon und absolut.

Insbesondere die explodierenden Preise in den letzten Monaten, die fordern uns sehr.

Die Menschen müssen denn eure zweimal umtrennen.  
Und hier ist es notwendig und wichtig,  
jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,  
die tagtäglich hart und schwer arbeiten,  
hier den entsprechenden Lohnerhöhungen und Gehaltserhöhungen  
natürlich zur Verfügung zu stellen.  
Schauen wir uns an, was das konkret bedeutet.  
Die für die Verhandlungen üblicherweise maßgebliche,  
rollierende Inflation liegt bei fast 10%.  
Wir haben es gehört.  
Allgemein wird deshalb davon ausgegangen,  
dass Ihre Lohnforderung zweistellig sein wird.  
Ist das so?  
Das wird sicher so sein.  
Wir werden aber jeden einzelnen Tag es noch ganz genau nutzen  
und wir werden unsere Forderungen am 25. September übergeben.  
Und für uns ist unendlich wichtig,  
dass jene Leistungen, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
gebracht haben.  
Wir haben zwei Jahre Rekordjahre hinter uns  
und es bricht jetzt nicht die Industrie zusammen,  
sondern wir stellen eine Abkühlung fest.  
Aber es geht um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,  
die unter den Preissteigerungen massiv leiden  
und das gehört abgegolten.  
Und dafür werden wir sorgen.  
Ihr Verhandlungspartner auf der Arbeitgeberseite Christian Knil  
Heuer aber nicht einmal die Abgeltung der Inflation zusagen.  
Er begründet das damit, dass sich die metalltechnische Industrie,  
wie schon angesprochen, in einer Rezession befindet.  
Er verweist auf Produktions- und Auftragsrückgänge,  
so wie erwartete Verluste bei rund einem Drittel der Unternehmen.  
Werden Sie versuchen, den Arbeitgebern entgegenzukommen?  
Wir werden uns natürlich sehr intensiv austauschen,  
aber zwei Elemente wurden hier nicht erwähnt.  
Zum einen im ersten Jahr, Halbjahr 2023,  
waren im Bereich des Exports bei den Waren,  
haben wir eine wahnsinnig hohe Marke erreicht,  
nämlich mit 100 Milliarden Euro.  
Und das ist eigentlich ein ausrufe Zeichen des Wirtschaftsstandards Österreich.  
Und das hat jemand gearbeitet, nämlich die Arbeitnehmerinnen  
und Arbeitnehmer haben dafür gesorgt, dass das möglich ist.  
Und das ist die eine Seite und die zweite Seite sind die Gewinner-Schüttungen.  
Wir erkennen keine Zurückhaltung bei den Gewinner-Schüttungen.

Das heißt, da hat sich jemand bedient,  
der vorher fleißig die Preise erhöht hat.  
Und das sehen wir als keinen gerechten Zugang.  
Das heißt, Inflationsabgeltung auf jeden Fall  
und im besten Fall noch was drauf?  
Genau, und es wird mehrere Punkte gegeben,  
über die wir intensiv diskutieren müssen.  
Das eine ist natürlich im Verteilungskampf, in Lohnkampf,  
natürlich die Lohn- und Gehaltsfragen.  
Aber natürlich, wir haben sehr viele Fragen  
im Bereich der Arbeitszeit gemeinsam zu klären.  
Es geht um Betriebslaufzeiten, es geht um harte um schwere Arbeit.  
Es geht darum, wie und in welcher Form Arbeitnehmerinnen  
und Arbeitnehmer arbeiten können.  
Und es geht natürlich um die Verkürzung der wöchentlichen  
Normale Arbeitszeit und der verschiedenen Modellen.  
Da werden Konzepte vorliegen und intensiv diskutieren.  
Weil Sie das gerade ansprechen,  
ist also eine entgegenkommende Gewerkschaft bei den Löhnen  
für ein entgegenkommender Arbeitgeber bei den Arbeitszeiten denkbar?  
Da ist vieles denkbar, weil da sehen wir immer das Gesamte,  
das Gemeinsame, das unterm Strich den Arbeitnehmerinnen  
und Arbeitnehmern schützt und hilft.  
Das eine sind natürlich die Löhne und Gehälter.  
Es ist entscheidend, dass jedes Monat am Lohnzettel  
das Geld auch tatsächlich ankommt.  
Aber es geht auch um die Arbeitsbedingungen.  
Es geht auch darum, dass man die Arbeit  
natürlich für eine längere Zeit machen kann  
und auch gesund im Arbeitsleben bleiben kann.  
Man kann nur das verteilen, was man auch erwirtschaftet hat.  
Knitl gestern gesagt und nach neuen Lösungen gerufen,  
können Sie sich vorstellen,  
von den bisherigen Spielregeln abzurücken  
und gemeinsam nach neuen Lösungen zu suchen.  
Und wie könnten die aussehen?  
Der Ruf kommt immer dann, wenn man die Arbeitnehmern  
nicht haben, nicht beschneiden will  
oder wenn man ihnen etwas wegnehmen möchte.  
Spielregeln sind für uns eine gute Basis,  
um zum einen auf der Rückseite im Rückspiel zu schauen,  
wie die wirtschaftlich tatsächlich gelaufen ist.  
Und dass wir konkret tatsächlich gearbeitet haben.  
Und das, was hier passiert momentan,

ist ein Blickwickeln zu verändern,  
dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jetzt Geld verlieren.  
Und da werden wir nicht ganz mitspielen,  
wenn es aber darum geht, intelligente Lösungen vorzubereiten,  
wo ein Zusammenspiel von aktuellen Herausforderungen  
und Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
abgebildet sind,  
dann werden wir das ganz intensiv am Verhandlungstisch diskutieren.  
Der WIFA-Experte Benjamin Pitchard  
hat gestern im Mittagsjournal angemerkt,  
dass auch ein Lohnabschluss unter der rollierenden Inflation  
Real-Lohngewinne für die Beschäftigten bringen würde,  
wenn der Inflationsdruck, wie erwartet, in Zukunft nachlässt.  
Können Sie diesem Argument etwas abgewinnen?  
Nein, überhaupt nicht.  
Denn unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden seit 1. November 2022  
über den drastischen Preissteigerungen in diesem Jahr.  
Die waren in vielen Bereichen zweistellig.  
Und zuerst sind die Preise gestiegen  
und jetzt müssen die Löhne rauf.  
Wie stehen Sie denn grundsätzlich zu auch immer wieder  
ins Spiel gebrachten Einmalzahlungen?  
Die Einmalzahlungen sind, wie wir immer so gern sagen,  
der Schnittlauch am Butterbrot.  
Uns geht es um die Nachhaltigkeit in der Lohn- und Kollektivvertragspolitik.  
Das heißt, es ist entscheidend, was jedes Monat am Lohnzettel auftaucht.  
Wenn darüber hinaus Einmalzahlungen mit eingebettet werden,  
dann kann das aber niemals unter der rollierten Inflation sein.  
Abschließend noch für, wie wahrscheinlich, halten Sie Streiks?  
Arbeitskampfmaßnahmen sind für uns natürlich immer ein Thema  
in der Gewerkschaftsbewegung.  
Eskalationen muss man immer dann vornehmen,  
weil man am Verhandlungstisch nicht mehr ernst genommen wird.  
Und ich denke, jetzt gilt es darum,  
unsere gemeinsamen Förderungen zu übergeben,  
hart und fair zu verhandeln.  
Und natürlich, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,  
werden wir dann mit einbinden, wenn wir es notwendig achten.  
Herr Pinder, vielen Dank für den Besuch bei uns im Studio.  
Es stehen spannende Verhandlungen bevor.  
Dankeschön.  
Dankeschön.  
Die indische Hauptstadt Neudele ist am Wochenende Schauplatz des G20-Gipfels.  
Er dürfte vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs wohl weniger harmonisch ablaufen,

als es sich das Gast Geberland wünscht.

Die großen Abwesenden sind Russlandspräsident Vladimir Putin und Chinas Staatschef Xi Jinping.

Schon das ein Statement und eine Tatsache, die die Verhandlungen erheblicher schweren dürfte, wie in Kopie berichtet.

Indien als Gast Geberland, dem G20-Gipfel, ein sehr ambitioniertes Motto verpasst.

Eine Erde, eine Familie, eine Zukunft, sagt Premierminister Narendra Modi.

Das Motto steht für die Einigkeit, die es bei der Zielsetzung sowie den Handlungen jetzt brauche.

Aber gerade ein Einigkeit mangelt es.

Zwei ganz entscheidende Akteure reisen nicht nach Indien.

Russlandspräsident Vladimir Putin will noch nicht mal eine Videobotschaft schicken und auch Putins mächtigster Verbündeter,

Chinas Präsident Xi Jinping, bleibt im Gipfel fern.

Zum ersten Mal in der Geschichte wird kein chinesischer Staatschef von einem G20-Gipfel dem zentralen Forum zum Austausch über globale Krisen teilnehmen.

US-Präsident Joe Biden sagt kurz vor seinem Abflug nach Indien, dass er darüber enttäuscht ist.

Die Abwesenheit des chinesischen Staatschefs offenbart nicht nur die Risse zwischen China und den USA, sondern schmälert wohl auch die Relevanz des Gipfels, weil Annäherungen und Fortschritte erschwert werden.

Gleichzeitig steigt das Gewicht der EU und der USA.

Putins Abwesenheit ändert nichts daran, dass Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine und die globalen Auswirkungen dieses Krieges im Zentrum stehen werden, sagt Czech Salivan, der Sicherheitsberater des US-Präsidenten.

Die Realität ist, dass Russlands illegaler Krieg verheerendes soziale und wirtschaftliche Folgen für die ärmsten Länder der Welt hat.

Präsident Biden wird sich daher bei dem Gipfel wieder für einen gerechten und dauerhaften Frieden stark machen.

Konfliktpotenzial bergen auch andere Themen, die am Gipfel besprochen werden, von Klimaschutz über die Wirtschaftspolitik bis hin zur Entwicklung.

Vor allem der drohenden Schuldenkrise in ärmeren Ländern müsse man raschend gegenwirken, betont Salivan.

Die USA wollen, dass Institutionen wie die Weltbank und der Währungsfotos deren Aufgabe ist, Armut zu reduzieren, reformiert und mit mehr Geld ausgestattet werden.

Wir wissen, dass diese Institutionen zu den wirksamsten Instrumenten gehören,

die wir für die Mobilisierung, Transparenter, hochwertiger Investitionen in Entwicklungsländer haben. Diesen Schritt setzen die USA jetzt auch, wenn sie China zurückdrängen wollen. Rachel Kite, die frühere Vizepräsidentin der Weltbank für nachhaltige Entwicklung, sagt dazu. In den letzten 20 bis 30 Jahren hat der Westen zu wenig in die Infrastruktur des Rest der Welt investiert. Und während wir das nicht getan haben, hat China seine Kreditvergaben deutlich erhöht. Angesichts der großen Spannungen ist es unglaublich, dass bei diesem Gipfel überhaupt zu einer gemeinsamen Abschlusserklärung kommen wird. In einer Sache sind sich die mächtigsten G20-Mitglieder allerdings einig, die Afrikanische Union soll in die Gruppe aufgenommen werden. So ärgerlich das ist, die Energiepreise sinken nicht so schnell, wie sie gestiegen sind. Die Fernwärme ist noch immer teuer. Im Gegensatz zu Strom und Gas, wo Kundinnen und Kunden zwischen mehreren Anbietern wählen können, haben jene, die mit Fernwärme heizen, das Nachsehen, weil es meist nur einen Anbieter gibt. Der Chef der E-Control, Wolfgang Urbancic, hält das für durchaus problematisch. Und deshalb muss man genau darauf achten, um faire Preise dort bezahlt werden. Die allermeisten Fernwärme-Unternehmen sind aber nicht reguliert. Also dieses Thema gepaart mit der Intransparenz dieser Preise bereitet große Probleme. Und deswegen meine ich auch, dass man sich das näher anschauen sollte. Einen ersten Schritt hat es im Übrigen bereits gegeben. Es gibt eine Preistransparenz-Gausel, die im Erneuerbaren Ausbaugesetz vorgesehen ist. Und die sieht vor, dass man nun die Preise zu erheben hat, um mehr Transparenz in den Fernwärme-Märkten einzubekommen. Also Urbancic, in der gestrigen Zeit im Bild 2. Wie jetzt bekannt wurde, wollten ÖVP und Grüne, dass die E-Control auch im Bereich der Fernwärme-Anbieter die Preise kontrolliert. Die SBO hat dem allerdings nicht zugestimmt. Zum Nutzen der Wien-Energie und zum Schaden der Konsumenten, wie er jetzt vorgeworfen wird. Nadja Hahn fasst das politische Hikal, um die teure Fernwärme zusammen. Wer in Wien mit Fernwärme heizt, der weiß es, die Preise haben sich fast verdoppelt wegen der hohen Gaspreise.

Mehr Preiskontrolle sei also notwendig und die solle die E-Control übernehmen.

Und dafür solle das Energieausbaugesetz wieder geändert werden, fordert ÖVP-Energiesprecherin im Parlament Tanja Graf.

Damit sie genau im Detail, so wie bei den Strom- und Gasbereich, auch die Fernwärme überprüfen kann.

Und dazu braucht es eine gesetzliche Grundlage.

Lukas Hammer, Energiesprecher der Grünen, schließt sich an.

Ja, ich bin natürlich bereit darüber zu reden,

weil ich immer noch der Meinung bin,

dass diese Aufgabe bei der E-Control besser aufgehoben ist.

Wir wollten das im ERG schon machen,

das ist leider am Widerstand der SPÖ gescheitert.

Stattdessen wurde im Zuge des Kompromisses

im angesprochenen Gesetz geregelt,

dass es ihm von den Grünen geführten Energieministerium

eine neue Anlaufstelle für Preistransparenz geben soll.

Die gibt es aber noch nicht.

Und dort heißt es auf Anfrage,

man habe erst eine europa-weite Ausschreibung machen müssen,

das habe Zeit gebraucht,

Ergebnisse würden in einigen Wochen vorliegen.

Außerdem könnten auch die Behörden eingreifen,

sagt Lukas Hammer.

Im Fall von Wien heißt das,

die Stadt Wien prüfe die Preissteigerungen der Wien-Energie,

die in ihrem Eigentum ist.

Auch Tanja Graf von der ÖVP sagt,

die Stadt hätte deshalb die Preissteigerungen verhindern können.

Was sich der Stadt Wien vorwürfe,

ist, dass sie 100 Prozent Eigentümer sind der Wien-Energie

und hier die Möglichkeit hätten einzugreifen.

Lukas Hammer von den Grünen legt nach.

Wir haben es mit einer Situation zu tun,

wo die Wien-Energie tatsächlich

über 360 Millionen Euro Gewinn gemacht hat letztes Jahr.

Da stellt sich schon die Frage,

ob man nicht von dieser gewaltigen Erhöhung

der Fernwärmepreise hätte absehen können.

Hammer verweist darauf,

dass der grüne Landesrat Stefan Keineder in Oberösterreich

eine Preissteigerung Wien-Wien verhindert habe.

Ich finde es sehr ärgerlich,

dass die SPÖ die Bundesregierung kritisiert

wegen fehlender Maßnahmen gegen die Inflation.

Aber dort, wo sie selber einen Handlungsspielraum hat,  
nämlich z.B. bei der Fernwärme in Wien,  
diesen Handlungsspielraum nicht genutzt hat.  
Ich rate der SPÖ für ihre eigenen Hausdürre zu kehren.  
Die SPÖ lehnt eine Gesetzesänderung ab.  
Energiesprecher Alois Schroll lässt ausrichten.  
ÖVP und Grüne hätten doch zugestimmt,  
dass die grüne Energieministerin Leonore Gewessler zuständig  
für die Preiskontrolle ist.  
Und sie soll nun - Zitat -  
endlich ihre Arbeit machen,  
anstatt auf eine Gesetzesänderung zu drängen  
und die Verantwortung abzuschieben.  
Das Ansinnen des Gesetzes wegen der Unfähigkeit der Ministerin  
zu ändern, schreibt er, sei eine Anlassgesetzgebung.  
Vereinbarkeit von Familie und Beruf,  
das ist für viele keine Selbstverständlichkeit.  
Wie es gehen kann,  
zeigt ab sofort ein neues Informationsangebot für Jungeltern.  
Das war vorerst freiwillig und kostenlos  
im Rahmen des Eltern-Kind-Passes.  
Finanziert wird das Pilotprojekt vom Bund  
in Gruppen oder Einzelgesprächen  
geht es Daumthemen wie Mutterschutz, Kinderbetreuungsgeld,  
Elternteilzeit oder auch Erziehung.  
Verena Brouha war bei einer der ersten Elternberatungen  
in Wien dabei.  
Dragan und Vladimir sind zum ersten Mal  
in einer Familienberatungsstelle  
zusammen mit ihrem kleinen Sohn Philipp.  
Die Familie will sich einen Überblick verschaffen  
über finanzielle Leistungen, Elternteilzeit und Erziehung.  
Auch Themen, mit denen sich die jungen Eltern  
vor der Schwangerschaft nicht auseinandergesetzt haben,  
werden abgedeckt.  
Dafür sorgt ein erarbeiteter Leitfaden.  
Familienberaterin Petra Heinz  
von der Familienberatungsstelle Nanaya in Wien  
spricht beispielsweise das Thema Pensionsansprüche an.  
Habt ihr davon schon was gehört?  
Ist euch das ein Begriff?  
Gehört schon, aber ich muss sagen,  
kennen uns nicht sehr gut damit aus.  
Haben uns jetzt nicht befasst, sage ich mal, mit dem Thema.

Ja, weil es ist in Österreich nämlich wirklich sehr gut geregelt, dass ein Elternteil, der das Kind vor allem betreut, das ist normalerweise der Elternteil der Inkarrenz ist, dass der Pensionsanspruch bekommt, und zwar bis das Kind vier Jahre alt ist. Auch was Pensionsplitting bedeutet, wird erklärt. Der mehr verdienende Elternteil kann einen Teil von seinen Pensionsansprüchen auf den anderen Elternteil übertragen lassen. Damit sich das irgendwann mal für beide rentiert, oder? Genau, damit es ein bisschen gerechter ist. Man kann sagen, ich arbeite so viel, und du bist zu Hause mit dem Kind, und eigentlich finde ich das total unfair. Es wäre doch fairer, wir würden beide uns die Pensionsansprüche teilen, dann kann man entweder 40% oder 50% oder auch 30% auf den anderen Elternteil übertragen lassen. Die Beratung dauert insgesamt 50 Minuten. Weitere Fragen zum Thema Eltern sein werden beantwortet. Viele solcher Beratungen von Jungfamilien sollen folgen. Nach einem Jahr wird evaluiert, sagt Familienministerin Susanne Raab von der ÖVP, die beim Auftakt des Pilotprojekts dabei ist. Unser Plan ist, dass wir jetzt in einer Pilotphase der Elternberatung gemeinsam mit den Eltern und mit den Familienberatungsstellen austesten und schauen, wie kommt das Konzept an, wie kommen die Inhalte an, wie wird das angenommen. Und wenn das gut läuft, dann ist der Plan, dass wir die Elternberatung als Fixpunkt im Elternkindpass ähnlich wie eine Ultraschalluntersuchung oder eine medizinische Untersuchung verankern. Wenn nicht zur Elternberatung geht, hätte dann keinen Anspruch auf das volle Kinderbetreuungsgeld. Neben den Elterngesprächen wird der Elternkindpass bis 2026 außerdem noch um andere zusätzliche Leistungen erweitert, wie eine Ernährungsberatung oder ein Hörscreening für Neugeborene. Zur Kultur jetzt. Die heutige Premiere von Ingeborg Bachmanns Roman Malina am Wiener Volkstheater lässt Theaterherzen höher schlagen. Regisseurin Claudia Bauer und Dramaturg Matthias Seier haben sich schon bei der Jandelproduktion Humaniste als Dream-Thema-Wiesen und dem Volkstheater

im Vorjahr den langersehnten Publikums Erfolg gebracht.  
Jetzt nehmen Sie sich wieder einen österreichischen Stoff vor.  
Malina ist nicht nur auf den ersten Blick die Geschichte  
einer Dreiecksbeziehung,  
eigentlich aber eine dunkle Innenschau  
und der einzige zu Lebzeiten erschienene Text  
aus Bachmanns Todesartenzyklus.  
Das Ungergassenland, das Bachmann in ihrem Maliner Roman  
darauf beschwört, liegt klar abgegrenzt zwischen der Ungergasse 6  
und der Ungergasse 9 im dritten Bezirk,  
wo die ich Erzählerin, ihr Mitbewohner Malina  
und der von ihr angebetete der Ivan wohnen.  
Tatsächlich aber ist es das zweite Land der Seele.  
Die Aktion ist ja ganz ins Inneren verlegt.  
Ich meine damit innenwändig, innerlich,  
irgendwie innerlich ist sie überhaupt nicht.  
Ich habe diesen Roman mal mit einem sehr tiefen Brunnen verglichen  
und je nachdem, wo man reinstürzt,  
findet sich mal das klarste Berg, Quellwasser  
und mal das schmutzigste Abwasser.  
Sagt dramaturg Matthias Seier, der sich gemeinsam  
mit der Regisseurin Claudia Bauer  
der Herausforderung stellt, diesen eigentlich  
unaufführbaren Roman auf die Bühne zu bringen.  
Der große Erfolg von Humanisté erzeugt dabei einen gewissen Druck.  
Das war uns irgendwie so ein Anliegen,  
da jetzt nicht den Fehler zu begehen,  
sich ästhetisch oder inhaltlich zu wiederholen.  
Der dreiteilige Roman hat eine hochkomplexe Struktur  
aus unzähligen Textorten.  
Mit Briefen, Opern Libretti, Dialogfragmenten,  
Interviewantworten, Alptraumprotokollen.  
Mehrere blondberückte Bachmannfiguren in grauen Kostümen,  
eingenebelt in Zigarettenrauchschwaden,  
teilen sich den Anfangsmonolog.  
Zwei Container markieren die Ungergasse  
und den geliebten Ivan, der seine Kinder  
als schlenkende Puppemann den Handgelenken umherwirbelt,  
spielt Samuel Stoyanov.  
Mit 70er-Jahre-Dauerwelle, gelber Brille und Schnauzer.  
Dieser Ivan ist der letzte Anker der Ich Erzählerin.  
Matthias Seier.  
Durch diese Traumata ihrer Vergangenheit  
ist sie so dermaßen losgelöst von allem,

alles verrinnt ihr zwischen den Fingern.  
Und dann ist da dieser Ivan,  
der ihr plötzlich mit jedem Wort, mit jedem Telefonat,  
in der Berührung so eine Dosis Wirklichkeit injiziert.  
Im zweiten Teil folgt ein harter Bruch  
mit düsteren Albtraumsequenzen,  
einer rätselhaften Vaterfigur  
und Assoziationen zum Zweiten Weltkrieg.  
Im Dritten das harte Aufwachen  
und Malina übernimmt die Kontrolle.  
Das zeigt sich, dass dieser Malina  
im Grunde gar keine reale Figur ist,  
sondern im Grunde so eine Art Abspaltung,  
Ich-Abspaltung, der Rationale, der eiskalte,  
der kontrollierende Teil einer Persönlichkeit,  
der gewissermaßen die maßlose Emotionalität zu Bannenweis,  
und zwar am Ende durch die Auslöschung des emotionalen Teils  
der Erzählerfigur.  
Malina sah ein liebes Romanos Not,  
wer so hat Regisseurin Claudia Bauer es einmal formuliert,  
die vor der Premiere keine Interviews geben wollte.  
Vielleicht ein Zeichen dafür,  
dass der Erfolgsdruck, der auf dieser Eröffnungspremiere lastet,  
doch größer ist als gedacht.  
Malina ist da heute Abend im Wiener Volkstheater zu sehen.  
Katharina Menhofer hat berichtet.  
Mit seinem zu Beginn des Journalen schon angesprochenen  
Blutgeldsager hat der offizielle Vertreter  
der Europäischen Kommission in Österreich  
Martin Selmaier sich im Rahmen der Wiener Kunstmesse  
Vienna Contemporary  
nicht nur den Unmut des Außenministers zugetogen,  
sondern der Kunst auch beinahe die Show gestohlen.  
An dieser Stelle soll es jetzt dabei um eben diese gehen,  
wenn auch da die politische Gemengelage  
keine unwesentliche Rolle spielt,  
wie Christine Scheicher berichtet.  
Nach dem Spiel ist vor dem Spiel,  
dass der Kunststandort Wien  
von internen Querelen und Turbulenzen gebeutelt wird,  
ist längst kein Geheimnis mehr.  
Gleich zwei große Messenrittern  
geben diversen kleineren Formaten um Aufmerksamkeit  
und natürlich das Kapital internationaler Sammlerinnen.

Neben der Vienna Contemporary,  
die gestern Abend im Kursalon Hübner eröffnet worden ist,  
soll auch die Kunstmesse Spark  
im kommenden Frühjahr wieder stattfinden.  
Ein Standort, zwei Messen.  
Für viele Expertinnen ist klar, das ist eine Messe zu viel.  
Wir können nur hoffen, dass diese Querelen ein Ende finden  
und dass es eine klare Struktur gibt.  
So wie es dieses Jahr jetzt hier ausschaut,  
die ersten Stunden,  
wir hatten schon einige internationale Sammler aus Deutschland,  
aus der Türkei, aus vielen anderen europäischen Ländern angekündigt.  
Ich glaube, es geht wieder vorwärts.  
Thomas Krinsinger von der Galerie Krinsinger  
gibt sich optimistisch.  
2021 sah es so aus,  
als sei die Traditionsmesse Vienna Contemporary am Ende,  
nicht nur der russische Immobilienmagnat Dimitri Aksenov,  
damals Hauptgesellschafter,  
wurde zum Image-Problem.  
Eins sollte er russische Oligarchen nach Wien bringen,  
ein Geschäftsmodell,  
das nicht erst seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine  
als gescheitert betrachtet werden darf.  
Denn der Rubel rollte nie.  
2022 zog sich Aksenov zurück,  
Haupteigentümer sind nun vier Österreicher.  
Der traditionelle Schwerpunkt auf Galerien  
aus Zentral- und Süd-Osteuropa bleibt.  
Dieser Saal, das betont,  
der künstlerische Leiter der Vienna Contemporary,  
Boris Andreitschka, einer Leinstellungsmerkmal.  
Für die Zukunft gelte so Andreitschka,  
sie müsse nicht nur die Galerien,  
sondern auch die Sammler-Szene des Ostens besser kennenlernen.  
More than a Fair, so lautete das Motto,  
das Boris Andreitschka 2021 ausgegeben hat,  
diesem Ruf folgte unter anderem Maria Lanko  
von der Kierfer Galerie The Naked Room.  
Sie sei auf Verkäufer im internationalen Markt angewiesen,  
denn in der Ukraine sei der Kunstmarkt komplett kollabiert.  
In Zeiten, in denen die politischen Bruchlinien zwischen Ost und West  
nicht zuletzt durch den Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine  
immer sichtbarer werden, wird der seit Jahren ausgebaute

Ost- und Süd-Osteuropa-Schwerpunkt der Vienna Contemporary zur Chance, die das Potenzial in sich birgt in mit untergesichtslosem internationalen Messekarussell zu punkten.

Die Vienna Contemporary findet bis inklusive Sonntag im Kurs Salon Hübner statt.

Jetzt gleich aber die Meldungen.

Arthur, drei Nachher, bitte.

Der Blutgeldsager des höchsten EU-Vertreters in Österreich sorgt für Aufregung.

Martin Selmaier hatte im Rahmen einer Podiumsdiskussion die weiter starke Abhängigkeit Österreichs für die Aufregung von den USA-Fraktionen.

Die USA-Fraktion hat in den letzten Jahren die Diskussion, die weiter starke Abhängigkeit Österreichs von russischem Gas kritisiert.

Nach der Einbestellung ins Außenministerium und der Rücktrittsaufforderung der Freiheitlichen hat sich am Abend auch die EU-Kommission von Selmaiers Aussagen distanziert.

Sie fordert eine Erklärung.

Grüne und Neos hingegen finden, Selmaier habe nicht unreicht.

In knapp zweieinhalb Wochen beginnen die Herbstlohnrunder der Metalla.

Eine Einigung bei den Kollektivvertragsverhandlungen und der Aussicht der Ausgangslage schwierig.

Die Arbeitgeberseite hatte bereits gestern angekündigt, heuer wenig Spielraum für hohe Abschlüsse zu haben, nicht einmal für die Abgeltung der Inflation.

Der neue Cheferhandler der Metalla, Reinhold Binder, sagt im Ö1-Morgenschonach-Interview,

dass die Forderungen am 25. September übergeben werden, jedenfalls aber ein zweistelliger Abschluss angestrebt wird.

In Neudele findet an diesem Wochenende der G20-Gipfel statt.

Von heute wird US-Präsident Biden in der indischen Hauptstadt erwartet.

Bei dem Treffen mit Indiens-Premierminister Modi dürfte es um den Klimawandel und den Ukraine-Krieg gehen.

Der britische Premier Sonek will in des beim G20-Gipfel Modi auffordern, seinen Einfluss auf Russland zu nutzen, um endlich den Ukraine-Krieg zu beenden.

Das berichtet die Financial Times.

In Österreich startet ab heute die kostenlose Elternberatung im Rahmen des neuen Eltern-Kind-Passes.

Werdende Eltern und Jungeltern sollen dabei unter anderem

**[Transcript] Ö1 Journale / Morgenjournal um 7 (08.09.2023)**

über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf informiert werden.

Das Wetter meist Sonne pur,

nur vereinzelt bis zum Vormittag Nebel,

dann oft wolkenlos nur ein paar Quellwolken im Westen,

weiterhin hochsommerlich warm bei Höchstwerten

von 24 bis 30 Grad.

Vielen Dank auf Wiederhören beim Journal um 8 bis dahin,

sagt Martina Stummer.

Guten Morgen mit Ö1.

Und schwungvoll Richtung Wochenende mit passender Frühmusik heißt es bei uns.

Eröffnet wird die kommende halbe Stunde mit Georg Philipp Telemann.

Schönen guten Morgen.

Hallo.

Hallo.